

SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Antrag Nr. 2347/2005)

Eingereicht am 16.11.2005 um 10:30 Uhr.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Drucks. Nr. 2020/2005, Grundschule In der Steinbreite

Antrag, zu beschließen,

- a) dass der Grundschulstandort In der Steinbreite langfristig erhalten bleibt und als "Schule im Stadtteil" mit Ganztagsbetreuung am Nachmittag weiter entwickelt wird.
- b) Die Verwaltung legt bis zum Frühjahr ein Konzept vor, wie der Standort bedarfsgerecht gesichert werden kann. Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen und darzulegen: Eine Schülerstatistik bzw. -vorschau für die Jahre bis 2015 im Stadtteil und der relevanten Umgebung, die Kapazitäten an den Umliegenden Schulstandorten, der Bedarf für Schulkinderbetreuung am Nachmittag und die schon bestehenden Betreuungsangebote und der Umfang des Sanierungsbedarfes bzw. die Kosten für einen Neu- oder Teilneubau.
- c) Über die Ergebnisse des angekündigten "Runden Tisches" mit der Bürgerinitiative zur Erhalt der Grundschule im Stadtteil ist im Schulausschuss laufend zu berichten.

Begründung:

Zu a) Das Konzept "Schule im Stadtteil" arbeitet mit stadtteilorientierten Netzwerken aus Trägern der formellen (Schule), informellen (offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kultur) und non-formellen Bildung (Vereine, Verbände, Jugendbildungsträger), die die Chancengleichheit im Zugang zu einer umfassenden Bildung für Kinder aus sozial bzw. ethnisch benachteiligten Personengruppen erhöhen. Viele Städte erproben derzeit pädagogische Konzepte einer ergänzenden und integrativen Bildungsarbeit in dieser Art (z.B. " Schule im Stadtteil" in Hamburg und Berlin).

Zu b) Durch die eingeschränkte Nutzungsdauer des derzeitigen Gebäudes der Grundschule In der Steinbreite ist eine Überplanung des Grundschulstandortumgänglich. Dazu ist eine Drucksache vorzulegen, die alle notwendigen Daten und Fakten zum Gebäudebestand, einer möglichen Sanierung oder eines Neubaus enthält. Dies beinhaltet Herstellungs- und Sanierungskosten.

Zu c) Laut Auskunft der Stadtverwaltung in der Einwohnerversammlung des Stadtbezirks ist die Einberufung bzw. Unterstützung eines "Runden Tisches" aller im Stadtteil Betroffenen

geplant. Über die Beratungsergebnisse dieses Gremiums ist angemessen im Schulausschuss zu informieren.

Klaus Huneke
Fraktionsvorsitzender

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 16.11.2005